



Chinesische Dystopie: Covid-?App vereitelt Protest

In China wurde eine Demonstration verhindert, indem die Behörden die Covid-?App auf Rot gesetzt haben. Nun ist es den Menschen verboten, zur Demo zu reisen. Es ist ein dystopischer Ausblick.

Eine Geschichte, welche die dystopische Richtung der gegenwärtigen Welt anzeigt, [erzählt am Dienstag Reuters](#). Hunderte Bankanleger planten in Zentralchina einen Protest, um Zugang zu ihren eingefrorenen Geldern wiederzubekommen. Doch der Protest wurde vereitelt, in dem die Behörden ihre Covid-?App (Reuters spricht von »Gesundheits-?App«) auf Rot gestellt hatten.

Rote Covid-?App in China

Die Anleger planten diese Woche aus ganz China in die zentralchinesische Provinz Henan reisen. Dort wollte man gegen eine fast zweimonatige Blockade ihrer Bankeinlagen protestieren, die mindestens 178 Millionen Dollar betragen sollen.

Doch dann verwendeten die Behörden die »Covid-?Überwachungsinfrastruktur« (Reuters) gegen die Bürger, um den Protest im Keim zu ersticken. Der Covid-?QR-?Code am Smartphone der verärgerten Bürger leuchtete plötzlich rot, wodurch die Bürger unter anderem ihr Recht verlieren, durch das Land zu reisen. »Rechtsgruppen« hätten bereits davor gewarnt, dass man die »Covid-?Überwachungsinfrastruktur nutzen könnte, um abweichende Meinungen zu ersticken«, schreibt »Reuters« äußerst sanft.

»Sie legen uns digitale Handschellen an«, zitiert man einen Anleger aus der Provinz Sichuan mit dem Nachnamen Chen, der aus Angst vor Repressalien der Regierung seinen vollen Namen nicht nennen wollte.

Seit einiger Zeit, seit den »jüngsten Covid-?Ausbrüchen«, wird man in China auch aufgefordert, individuelle Reisepläne online zu registrieren. »Ein Mann namens Liu«, habe nun festgestellt, dass sein Covid-?QR-?Code plötzlich rot geworden sei, nachdem er sich am Sonntag für eine Reise nach Henan angemeldet hatte.

Statt Demo jetzt Quarantäne

Liu wollte in wenigen Tagen in Henans Hauptstadt Zhengzhou reisen, um dort an der geplanten

Demonstration teilzunehmen. Er hatte gehofft, sein Geld zurückzubekommen. Es wäre nicht der erste Protest gegen die Bankblockade gewesen.

In einer WeChat-Gruppe, die größte Social-Media-App Chinas, berichten mehr als 200 Anleger, dass ihr Covid-Code ebenso plötzlich rot gestellt worden sei. »Reuters« bleibt in seinem Bericht vorsichtig: Man habe nicht feststellen können, ob die Änderung deshalb passiert sei, um die Demonstranten zu blockieren. Doch drei Anleger hätten die Nachrichtenagentur informiert, Personen zu kennen, »die sich für eine Reise nach Henan angemeldet hatten, die nicht mit den eingefrorenen Geldern in Verbindung standen und deren Codes nicht rot wurden.«

»Ich kann nichts tun, ich kann nirgendwo hingehen. Man wird behandelt, als sei man ein Krimineller. Das verstößt gegen meine Menschenrechte«, sagte Liu. Wenn der Code rot bleibe, dann könne sein Kind auch nicht mehr zu Schule gehen, wird der Mann zitiert.

Wang Qiong aus Wuhan, stellte fest, dass ihr Gesundheitscode rot geworden war, nachdem sie sich am 11. Juni für eine Reise nach Henan angemeldet hatte. »Die Polizei hatte meine Identitätsdaten vom letzten Mal, als ich im April protestieren wollte«, sagte Wang, die nach eigenen Angaben den Zugriff auf 2,3 Millionen Yuan (341.550 \$) verloren hat.

Ein Ausblick?

Andere Anleger konnten offenbar Zhengzhou noch erreichen, doch ihr QR-Code wurde rot, sobald man dort ihre App das erste Mal gescannt wurde.

Die Yu Zhou Xin Min Sheng Village Bank, die Shangcai Huimin Country Bank und die Zhecheng Huanghuai Community Bank froren die Einlagen am 18. April ein. Alle drei Banken hatten ihren Kunden mitgeteilt, dass sie ihre internen Systeme aufrüsten müssten.

Übrigens: [Etwas ähnliches, ganz ohne digitale Dystopie, könnte in Österreich durch die jüngste Gesetzesänderung des Gesundheitsministers drohen.](#) Diese ermöglicht sogenannte »Verkehrsbeschränkungen« gegen »krankheitsverdächtige« und »ansteckungsverdächtige« Personen. »Krankheits- und ansteckungsverdächtig« könnte man dann auch sein, wenn man nicht die von der Regierung gewünschte Impfung genommen hat. Dann wäre eine Anreise zu einer Demo nur möglich, indem man gegen das Gesetz verstößt.

Der Artikel erschien zuerst bei [tkp.at](#)

Bild: Symbolbild (Pixabay)

